

# Antrag

**Initiator\*innen:** Bundesvorstand (dort beschlossen am: 02.05.2025)

**Titel:** **Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis!**

---

## Antragstext

1 Die neue schwarz-rote Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD steht für einen Kurs  
2 der sozialen und politischen Rückschritte – und damit gegen die Interessen der  
3 jungen Generation. Unter dem Deckmantel von „Verantwortung“ und Stabilität  
4 bereitet dieses Bündnis einen sozialen Kahlschlag vor, der auch Studierende  
5 trifft. Die anvisierten Vorhaben der Koalition um Merz gefährden akut  
6 studentische Lebensrealitäten, Bildungsinvestitionen, soziale Infrastruktur und  
7 konsequenten Klimaschutz.

## 8 Strukturelle Unterfinanzierung von Hochschulen

9 Hochschulen werden strukturell unterfinanziert, was sich in der Einstampfung von  
10 Studiengängen, mangelhafter Ausstattung, prekären Arbeitsbedingungen  
11 insbesondere auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeitenden und studentischen  
12 Hilfskräften sowie vielem mehr niederschlägt. Diese Politik ignoriert die  
13 Realität junger Menschen und verstärkt das Gefühl politischer Entfremdung.

14 Insbesondere die rechten Kürzungspläne in den Landeshaushalten – aktuell  
15 besonders in Brandenburg und Sachsen – öffnen rechtsextremen Kräften Tür und  
16 Tor, um gezielt Einfluss auf Wissenschaftsfreiheit und Bildungszugang zu nehmen  
17 und die offene, freie Hochschullandschaft nachhaltig zu gefährden.

18 Campusgrün stellt sich dieser Politik entschlossen entgegen. **Eine Zukunft gibt**  
19 **es nur mit uns**, mit Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und  
20 Klimaschutz – nicht mit dem Rotstift von Union und SPD. Statt Sparpolitik

21 braucht es eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung sowie faire  
22 Arbeitsbedingungen an Hochschulen und einen entschlossenen Kampf gegen prekäre  
23 Beschäftigung. Zudem müssen die Studierendenwerke auf Landesebene angemessen  
24 ausfinanziert werden, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für Studierende  
25 gewährleisten zu können.

26 Wir plädieren für eine stabile demokratische Finanzierung der Hochschulen,  
27 insbesondere durch Bundesmittel, um rechtsextreme Einflussnahme mittelbar durch  
28 Landesparlamente an Hochschulen zu verhindern.

## 29 **Studieren am Limit - Zeit für echte Entlastung** 30 **statt leerer Versprechen**

31 Studierende befinden sich in einer prekären Lage. Wohnraum in  
32 Universitätsstädten ist knapp und teuer, psychische Belastungen nehmen drastisch  
33 zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt  
34 entschlossen mit Vollgas entgegenzusteuern, **bleibt Schwarz-Rot mit angezogener**  
35 **Handbremse im Rückwärtsgang**. Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Ungebäude ist  
36 jetzt durch das Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt  
37 werden. Mit Blick auf die Prioritäten der Koalition um Merz, die gerade nicht  
38 den sozialen Wohnungsbau und den Bildungsinfrastruktur in den Vordergrund  
39 stellt, gehen wir Studierende vermutlich wieder leer aus.

40 Die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen im Bereich der BAföG-Reform  
41 sind zwar ein erster Schritt, greifen aber viel zu kurz und stehen unter  
42 Finanzierungsvorbehalt – de facto ein wertloses Versprechen. Die Summe der zum  
43 Wintersemester 2026/27 einmalig angekündigten Erhöhung der Wohnkostenpauschale  
44 liegt weiter unter der durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in den  
45 größeren Universitätsstädten – **ein Tröpfchen auf den heißen Stein!**

46 Besonders alarmierend ist die Ignoranz gegenüber der **psychischen Gesundheit** von  
47 Studierenden. Studien zeigen seit Jahren einen drastischen Anstieg psychischer  
48 Belastungen: Etwa jede:r fünfte Studierende kämpft mit Depressionen,  
49 Angststörungen oder psychischem Druck. Notwendige Mittel für psychologische  
50 Beratungsstellen, Präventionsangebote oder schlicht eine spürbare Entlastung  
51 durch bessere Studienbedingungen fehlen.

52 Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens  
53 „Infrastruktur“ für einen **echten „Bau-Turbo“**, der gezielt in studentischen  
54 Wohnraum und sanierungsbedürftige Hochschulgebäude investiert. Dafür braucht es  
55 klare gesetzliche Vorgaben zur Zweckbindung der Mittel sowie eine Priorisierung  
56 des sozialen Wohnungsbaus statt Symbolpolitik der CDU/CSU-geführten Koalition.

57 Campusgrün drängt auf eine **grundlegende BAföG-Reform**, die das BAföG endlich  
58 elternunabhängig, bedarfsgerecht und krisenfest macht. Die Wohnkostenpauschale  
59 muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren. Beides muss jährlich  
60 dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahmen.

61 Wir betonen die Notwendigkeit einer **strukturell und dauerhaft finanzierten**  
62 psychologischen Beratungsstelle an Hochschulen inklusive des Ausbaus von  
63 Präventionsprogrammen und niedrigschwelligen Angeboten. Diese Investitionen  
64 dürfen aber nicht zulasten der Studierenden in Form einer Erhöhung der  
65 Semesterbeiträge führen - vielmehr sind hier Bund und Länder in der Pflicht,  
66 entsprechende Vorhaben über besser ausgestattete Studierendenwerke zu fördern.  
67 Gleichzeitig halten wir eine **Entzerrung des Studienalltags** durch bessere  
68 Studienbedingungen beispielsweise durch mehr Flexibilität, weniger  
69 Leistungsdruck und eine Entbürokratisierung des Prüfungswesens für notwendig.

## 70 **Klimapolitischer Rückschritt**

71 **Minimalismus ist ein aufstrebender Trend - und wird im Koalitionsvertrag von**  
72 **CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz vollumfänglich gelebt.**

73 Hochschulen tragen als Orte der Bildung, Forschung und Innovation eine besondere  
74 Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise. Sie sind neben Wissensträgern und  
75 Ausbildungsorten auch gesellschaftliche Vorbilder. Wenn sie die Klimaneutralität  
76 anstreben, senden sie ein starkes gesellschaftliches Signal und fördern  
77 nachhaltiges Denken bei zukünftigen Entscheidungsträger:innen. Durch eigene  
78 Klimaschutzmaßnahmen werden Hochschulen zu Reallaboren für praxisnahe Forschung  
79 und interdisziplinäre Lösungsansätze – ein zentraler Beitrag zur technologischen  
80 und sozialen Transformation. Die Transformationsprozesse auch an den Hochschulen  
81 erfordern eine finanzielle Unterstützung, die weder in den Landeshaushalten noch  
82 den Bundshaushalten ausreichend abgebildet ist.

83 Auch in Koalitionen mit bündnisgrüner Beteiligung hat die Transformation der  
84 Hochschulen hin zur Klimaneutralität nicht in genügendem Maße stattgefunden.  
85 Deshalb braucht es neben dem Einsatz für eine breite gesellschaftliche Mehrheit  
86 zu diesem Thema auch ausreichend Druck auf politische  
87 Verantwortungsträger\*innen.

88 Campusgrün fordert die Einführung eines bundesweiten Klimafonds für Hochschulen,  
89 mit dem gezielt Investitionen in Energieeffizienz, Gebäudesanierung, nachhaltige  
90 Mobilität und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Mittel aus dem  
91 Sondervermögen „Klima und Transformation“ müssen auch für Bildungsinstitutionen  
92 geöffnet und langfristig abgesichert werden.

93 Campusgrün ruft die Hochschulleitungen auf, ihre **Selbstverwaltungshoheit**  
94 **strategisch für Klimaneutralität zu nutzen**: durch eigene  
95 Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO<sub>2</sub>-Bilanzen und transparente  
96 Zielvorgaben. Wir werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und  
97 Parlamenten, ASten und weiteren Gremien.

98 Um Studierende sowohl im Hörsaal als auch am Campus für Klimaschutz zu  
99 sensibilisieren, solidarisiert sich Campusgrün mit Students for Future und der  
100 Public Climate School. Wir werden durch die Mitgliedsgruppen vor Ort dafür  
101 kämpfen, dass unsere Hochschulen Vorreiter beim Klimaschutz werden.

## 102 **Den Osten fest im Blick behalten**

103 Ein besonderer Blick gilt Ostdeutschland. In keinem Teil des Landes sind die  
104 Auswirkungen von sozialer Schieflage und politischem Vertrauensverlust so  
105 spürbar wie hier. Jahre der ungleichen Ressourcenverteilung haben dazu geführt,  
106 dass viele ostdeutsche Regionen strukturell benachteiligt sind – geringere  
107 Löhne, weniger Studienplätze und Forschungsinstitute, Abwanderung junger Talente  
108 und eine besorgniserregende Perspektivlosigkeit. Diese Probleme erfordern eine  
109 Regierung, die entschlossen für **gleichwertige Lebensverhältnisse** eintritt - auf  
110 Bundes- und Landesebene.

111 In Ostdeutschland wächst der Unmut. Die letzten Bundestagswahlen haben gezeigt,  
112 dass der rechtsextreme politische Rand Zulauf bekommt. In der Altersgruppe der  
113 Erstwähler:innen und Studierenden ist dieser Trend besonders deutlich: 18- bis  
114 24-Jährige haben bei der Bundestagswahl 2025 verstärkt im Osten die AfD gewählt  
115 – ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die demokratischen Parteien das  
116 Vertrauen der Jugend verspielen. Insbesondere der **Rechtsruck** bereitet uns große  
117 Sorgen, der sich langsam **auch an Universitäten etabliert**. Neben Burschenschaften  
118 gründen sich erste rechte Hochschulgruppen und versuchen, ihre Themen an der  
119 Universität zu spielen.

120 Campusgrün fordert endlich einen klaren politischen Fokus auf Ostdeutschland und  
121 nicht zuletzt gute Bildung vor Ort. Dafür braucht es gezielte Bundesmittel für  
122 den Hochschulbau und die Sanierung ostdeutscher Standorte, für  
123 Forschungseinrichtungen in der Fläche sowie für Förderprogramme, die ostdeutsche  
124 Perspektiven in Wissenschaft, Verwaltung und Politik sichtbar machen.  
125 Ostdeutsche müssen in Ministerien, Bundesbehörden, Hochschulleitungen und auf  
126 Professuren angemessen vertreten sein. Und wir fordern: eine  
127 unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller  
128 Hochschulgremien und aller nachgeordneten Institutionen gegen jede Form von  
129 Rechtsextremismus. Kein Hochschulstandort im Osten darf **Opfer von Sparmaßnahmen**

130 werden. Bibliotheken, Mensen und Institute müssen erhalten und ausgebaut werden.  
131 **Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland brauchen gezielte Förderung statt**  
132 **weiterer Kürzungen**, um Abwanderung und Perspektivlosigkeit zu stoppen.

133 Campusgrün solidarisiert sich ausdrücklich mit den Studierenden und jungen  
134 Menschen in Ostdeutschland, die oft doppelt kämpfen müssen – gegen materielle  
135 Benachteiligung und gegen rechte Stimmungsmache. An den Universitäten dürfen wir  
136 kein Klima dulden, in dem rechtes Gedankengut salonfähig wird. Campusgrün wird  
137 verstärkt Projekte politischer Bildung und Antidiskriminierung in Ostdeutschland  
138 unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und  
139 sicherstellen, dass **bündnisgrüne Politik im Osten sichtbar und hörbar** bleibt.  
140 Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den  
141 ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie finanziell, politisch und  
142 durch gemeinsame Kampagnen, um die ökonomischen und gesellschaftlichen  
143 Herausforderungen vor Ort zu bekämpfen und demokratische Werte zu stärken.

## 144 **Campusgrün als progressive Kraft in der Zukunft**

145 In dieser schwierigen Lage kommt Campusgrün eine entscheidende Rolle zu. Wir  
146 verstehen uns als **progressive Stimme im Hochschulbereich** – und diese Stimme  
147 werden wir weiterhin laut erheben. Während die Bündnisgrünen auf Bundesebene in  
148 der parlamentarischen Opposition sind, sind wir vor Ort oft die stärkste Kraft  
149 in den Studierendenparlamenten und stellen die ASten, Senator:innen und viele  
150 weitere Positionen. Campusgrün wird die Hochschulen im ganzen Land mobilisieren:  
151 Wir werden Protestaktionen gegen Bildungs- und Sozialkürzungen anstoßen,  
152 studentische Vollversammlungen und Bündnisse organisieren und Druck auf  
153 Hochschulleitungen ausüben, sich klar gegen den Sparkurs aus Berlin zu  
154 positionieren. Wenn Bibliotheksetats gekürzt oder Mensapreise erhöht werden,  
155 werden wir das nicht still hinnehmen, sondern öffentlich skandalisieren.

156 Campusgrün ist die Stimme grün-alternativer Hochschulgruppen auf **Bundesebene** und  
157 wird innerhalb der grünen Familie konsequent soziale Gerechtigkeit und  
158 Solidarität einfordern – im engen Austausch mit Grüner Jugend, Bündnis 90/Die  
159 Grünen, dem freien Zusammenschluss von Student\*innenschaften und  
160 zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Als **progressiver Impulsgeber gegenüber der**  
161 **Grünen Partei** werden wir klare Forderungen stellen: Die grüne Opposition muss  
162 die Anliegen der Studierenden aufgreifen – von der BAföG-Reform über bezahlbares  
163 Wohnen bis zur psychischen Gesundheit. Campusgrün wird entsprechende Anträge und  
164 Initiativen einbringen, sei es auf Parteitagen oder in Gesprächen mit Grünen-  
165 Abgeordneten. Unsere Botschaft: Die Bündnisgrüne Partei darf die junge  
166 Generation nicht enttäuschen, sie muss uns aktiv vertreten!

167 Campusgrün fordert von Bündnis 90/Die Grünen eine starke, progressive  
168 Oppositionsarbeit im Bundestag – mit klarer Haltung für soziale Gerechtigkeit,  
169 Klimaschutz und Bildung. Gerade aus Hochschulperspektive ist entscheidend, dass  
170 Kürzungen im Bildungsbereich konsequent kritisiert und mutige Alternativen wie  
171 eine echte BAföG-Reform eingebracht werden. Wir erwarten, dass sich die  
172 Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und eigene Akzente setzen – für  
173 Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün  
174 begleiten wir diesen Kurs konstruktiv-kritisch, unterstützend, wo er überzeugt –  
175 und deutlich, wo er zu zaghaft bleibt.

## **Begründung**

erfolgt mündlich